



**Stadt  
Luzern**

Stadtrat

## **Bericht und Antrag**

an den Grossen Stadtrat von Luzern  
vom 25. Oktober 2017 (StB 668)

B+A 35/2017

## **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

**Vom Grossen Stadtrat mit  
einer Änderung beschlossen  
am 14. Dezember 2017  
(Definitiver Beschluss des Grossen  
Stadtrates am Schluss dieses Dokuments)**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>I. Abzuschreibende Motionen und Postulate</b>	<b>3</b>
<b>II. Verlängerung der Erledigungsfrist</b>	<b>10</b>
1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr	10
2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr	13
3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr	14
<b>III. Antrag</b>	<b>18</b>
Anhang 1	21
Anhang 2	23
Anhang 3	24
Anhang 4	25

### **Anhang 1**

In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 55i Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag stellt, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern.

### **Anhang 2**

Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.

### **Anhang 3**

Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, bei welchen die Frist nicht verlängert wurde.

### **Anhang 4**

Anhang 4 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.

## **Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

### **I. Abzuschreibende Motionen und Postulate**

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 55i Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Motion 142 (2000/2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion vom 6. September 2001 (überwiesen am 21. November 2002):

#### **Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben**

Die Motion fordert, dass der Stadtrat dem Grossen Stadtrat einen B+A für einen Wettbewerb zur Arealentwicklung vorlegt. Der entsprechende B+A 16/2014 vom 9. Juli 2014: «Arealentwicklung Pilatusplatz» wurde am 16. Februar 2017 vom Grossen Stadtrat mit einer Änderung (Stadtratsbeschluss 41) beschlossen. Auf Grundlage des B+A wird nun ein Investorenwettbewerb zur Abgabe des Grundstücks im Baurecht vorbereitet.

2. Postulat 409 (2004/2009), Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion vom 27. Mai 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):

#### **Sperrung der Bahnhofstrasse beim Luzerner Theater zur attraktiven Durchführung des Wochenmarktes am Dienstag**

Die Durchführung des Wochenmarkts im bestehenden Rahmen (Art und Anzahl der Verkaufsstände) erfordert dienstags keine Sperrung des Bereichs Theaterplatz bis zur Einmündung Theaterstrasse. Auf nicht zwingend notwendige Eingriffe in den Verkehrsfluss kann deshalb verzichtet werden. Sollte eine Erweiterung der Standflächen im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung des Luzerner Wochenmarktes für die Periode 2019–2023 notwendig sein, müsste eine Sperrung unter Umständen in Betracht gezogen werden. Mittelfristig wird die Situation aber im Zusammenhang mit dem Projekt «Bahnhofstrasse und Theaterplatz» und den damit verbundenen etappierten Eingriffen in das Verkehrsregime grundsätzlich neu zu beurteilen sein.

3. Postulat 264 (2010/2012), Markus Mächler und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, Philipp Federer und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Luzia Mumenthaler-Stofer und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion und René Baumann vom 13. Dezember 2011 (überwiesen am 24. Mai 2012):  
**Die MZH Allmend kann nicht ersatzlos abgebrochen werden!**

Der Grosse Stadtrat hat am 16. Februar 2017 das Postulat 352 (2012/2016): «Die MZH muss dringend geflickt werden» überwiesen, mit dem eine Sanierung der Anlage gefordert wird. Diese Sanierung ist in der Zwischenzeit bereits erfolgt. Ein Ersatz für die Halle sollte in den nächsten rund 10 Jahren nicht notwendig sein.

4. Postulat 333 (2010/2012), Monika Senn Berger und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, Luzia Vetterli und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub, Albert Schwarzenbach und Laura Grüter Bachmann vom 1. Mai 2012 (überwiesen am 24. Mai 2012):  
**Flankierende Massnahmen zum Reglement Strassenstrich**

Die Delegiertenversammlung des Zweckverbands für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG hat am 23. Juni 2017 die Förderungswürdigkeit des Projekts «hotspot» des Vereins LISA (Luzerner Verein für die Interessen der Sexarbeitenden) mit grosser Mehrheit anerkannt. Der Rahmenvertrag wird per Januar 2018 in Kraft treten. Der ZiSG-Beitrag in der Höhe von Fr. 70'000.– wird ab 2019 jährlich ausbezahlt. Bis Ende 2017 ist der Verein hauptsächlich durch die Beiträge des Kantons und der Stadt Luzern finanziert (je Fr. 50'000.–), für das Übergangsjahr 2018 konnte der Verein dank einem grossen Effort beim Fundraising ausreichende Rückstellungen bilden, um den Betrieb zu sichern. Die Umsetzung der Hauptanliegen des Postulats ist durch die ZiSG-Anerkennung nachhaltig gesichert. Die Bearbeitung der Herausforderungen rund um die Thematik «Strassensexarbeit» bleibt jedoch eine Aufgabe der Stadt Luzern, welche nur in Zusammenarbeit mit der Luzerner Polizei, den umliegenden Gemeinden und anderen Institutionen bewältigt werden kann.

5. Motion 42 (2012/2016), Sandra Felder-Estermann, Hugo P. Stadelmann und Reto Kessler namens der FDP-Fraktion vom 13. Februar 2013 (als Postulat überwiesen am 28. März 2013):  
**Die Gewerbetreibenden im Ibach und den Strassenstrich besser schützen**

Generell ist die Situation der Strassenprostitution im Ibach dank der Betreuung durch den Verein LISA und der Präsenz der Luzerner Polizei ruhig. Aufgrund des Rahmenvertrags zwischen dem Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG und dem Verein LISA ist die Fortsetzung der Betreuungsarbeit ab 2018 sichergestellt. Aufgrund der regelmässigen Reinigung an der Reusseggstrasse wie auch durch die Einflussnahme der LISA-Betreuerinnen auf die Sex-Arbeiterinnen hat sich die Situation für die Gewerbetreibenden im Ibach sehr stark entspannt.

6. Postulat 231 (2012/2016), Theres Vinatzer und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion, Korintha Bärtsch und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub vom 3. November 2014 (überwiesen am 13. November 2014):

**Sicherheit im Ibach erhöhen**

Generell ist die Situation der Strassenprostitution im Ibach dank der Betreuung durch den Verein LISA und der Präsenz der Luzerner Polizei ruhig. Aufgrund des Rahmenvertrags zwischen dem Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG und dem Verein LISA ist die Fortsetzung der Betreuungsarbeit ab 2018 sichergestellt. Gespräche zur Standortsuche haben stattgefunden. Die umliegenden Gemeinden sind auf das Thema sensibilisiert. Aufgrund der aktuell ruhigen Situation wird von einer aktiven Suche nach einem neuen Standort abgesehen.

7. Bevölkerungsantrag 243 (2012/2016), Felix von Wartburg, Regula Eichhorn und Stefan Lüthi namens der Antragstellenden vom 5. Januar 2015 (als Postulat überwiesen am 24. September 2015):

**Gegen die Verlosung von Marroniständen und -plätzen in der Stadt Luzern**

Eine Verlosung der Marronistände hat sich in dem Sinne erübrigt, als dass für die Vergabeperiode 2015/2016, 2016/2017 und 2017/2018 – und nach der zwischenzeitlich erfolgten Bewilligungsverlängerung um den Winter 2018/2019 – kein Nachfrageüberhang für die vier vorhandenen Standplätze mehr bestand. Für eine neue Ausschreibungsperiode, die ein offenes Vergabeverfahren erfordert, kann auf eine Verlosung verzichtet werden, weil die Beurteilung der Gesuche in Zusammenarbeit mit der zwischenzeitlich geschaffenen Kommission für offene Vergabeverfahren (KoV) wahrgenommen werden soll.

8. Postulat 261 (2012/2016), Noëlle Bucher und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion vom 7. April 2015 (teilweise überwiesen am 12. November 2015):

**Massnahmen zur Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Stadt Luzern**

Das Postulat wurde vom Parlament teilweise überwiesen, indem es den Stadtrat beauftragte, sich beim Kanton für die Ermöglichung von E-Voting einzusetzen und weitere Massnahmen zur Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung zu prüfen. Als Beispiele wurden eine Ausweitung der Broschüre «Easyvote» und die Verstärkung der Aufklärung an Schulen genannt.

In Bezug auf E-Voting können im Kanton Luzern Auslandschweizer/innen seit dem Jahr 2010 elektronisch über Sachvorlagen des Bundes abstimmen. Im Herbst 2015 wurde das System erstmals auch auf die Nationalratswahlen ausgeweitet. Eine Ausweitung von E-Voting resp. die Ermöglichung für alle Stimmberechtigten wurde jedoch aufgrund der derzeitigen Sparbemühungen des Kantons auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Das städtische Ressort Wahlen und Abstimmungen ist laufend mit den Verantwortlichen des kantonalen Justizdepartements in Kontakt und hat seine Unterstützung angeboten, sobald das Projekt wieder weiterbearbeitet wird.

Die Konzeption des Schulunterrichts auf Sekundarstufe unterliegt vollumfänglich der Zuständigkeit des Kantons. Der Regierungsrat wies im Rahmen der Motionsantwort M 13 Ende 2015 auf einen Expertenbericht der Universität Bern hin, welcher zum Schluss kommt, dass an den Mittel- und Berufsfachschulen der Staatskundeunterricht in den Rahmenlehrplänen gut verankert ist und eine hohe Bedeutung geniesst.

Der Kanton Luzern unterstützt finanziell und organisatorisch unter anderem das Projekt «Easyvote» und die Wahlhilfeplattform «smartvote».

Aufgrund der Verantwortlichkeiten und der verschiedenen beim Bund und Kanton hängigen Projekte werden auf Ebene Stadt keine eigenen Projekte oder Vorhaben im Bereich Schulwesen umgesetzt. Die nachfolgende Auflistung verschiedener Massnahmen zeigt jedoch, was die Stadt Luzern alles unternommen hat, um die Stimm- und Wahlbeteiligung zu steigern:

- Im Jahr 2016 wurden 40 temporär einsetzbare Plakatständer angeschafft, um den Parteien und politischen Organisationen vor Wahlen und Abstimmungen an rund 15–20 Standorten auf öffentlichem Grund temporäre Plakatstellen für Wahlwerbung zur Verfügung zu stellen.
- Im Frühjahr 2016 wurde eine Neugestaltung der Stimmzettel vorgenommen. Dank kurzer und prägnanter Frageform wirken die Abstimmungsfragen weniger kompliziert und werden besser verstanden.
- Die Stadt Luzern finanziert das Kinder- und Jugendparlament und organisiert zusammen mit dem Jugendparlament die jährliche Jungbürger/innenfeier im Treibhaus. Alle Jungbürger/innen erhalten ein Jahr lang die Broschüre «Easyvote». Zurzeit ist die Ausweitung der Zustellung der Broschüre auf die Altersklasse >19 in Arbeit. Jährlich findet ein Treffen des Stadtrates mit dem Jugendparlament statt. Das Jugendparlament organisiert Podien zu aktuellen Abstimmungen, um die jüngsten Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren und für politische Themen zu sensibilisieren.
- Anpassung des Rückantwortcouverts: Dank einem Klebehaftstreifen entfällt seit März 2017 das Befeuchten der Gummierung, wodurch sich das Handling für die Stimmbevölkerung verbessert hat.
- Seit Juli 2017 ist die neue mobile Website der Stadt Luzern aufgeschaltet. Damit wurden auch zusätzliche Links zu den interaktiven Plattformen «CiviCampus», «easyvote» und «Juniorparl» aufgeschaltet, um die politische Bildung der Homepage-Besuchenden zu fördern.
- Projekt «E-Counting»: Aufgrund der Vorbereitung des Projekts «maschinenlesbarer Stimmzettel» des Ressorts Wahlen und Abstimmungen erarbeitet der Kanton Luzern zurzeit eine entsprechende Vorordnung und bereitet eine Vernehmlassung vor.

Über diese Massnahmen hinaus wurden in der Stadt Luzern auch weitere Ideen geprüft und verworfen:

- Unterstützung der Plattform «smartvote»: Im Rahmen der Behandlung eines Dringlichen Postulats wurde eine finanzielle Unterstützung dieser Plattform von Stadtrat und Parlament abgelehnt.
- Abstimmungswerbung in Form von Post-it-Klebern mit einem Aufdruck «Jetzt abstimmen!»: Von dieser Massnahme wird abgesehen, da dies als Einmischung der Stadtverwaltung im Abstimmungskampf ausgelegt werden könnte.

- Erstellung von Kurzfilmen über städtische Vorlagen: Auf diese Massnahme wird insbesondere mangels Ressourcen verzichtet, da die Vereinfachung komplexer Sachgeschäfte in einem Film eine grosse Herausforderung darstellt, welche einen unverhältnismässigen Aufwand bedingt.

Zur Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung wurden in der Stadt in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Massnahmen geprüft und soweit als möglich und sinnvoll auch umgesetzt. Die in eigener Kompetenz liegenden Möglichkeiten sind damit ausgeschöpft. Das teilweise überwiesene Postulat wird zur Abschreibung beantragt, auch wenn die Voraussetzungen für eine definitive Umsetzung von E-Voting auf übergeordneter Ebene noch nicht geschaffen wurden. Die Bestrebungen werden im Sinne einer Daueraufgabe im Ressort Abstimmung und Wahlen weiterhin fortgesetzt. Dazu gehört insbesondere die aktive Rolle in Bezug auf die Umsetzung von Massnahmen, die auf Ebene Kanton und Bund entschieden werden müssen. Die entsprechenden Kontakte sind vorhanden und werden weiterhin gefördert.

9. Postulat 268 (2012/2016), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 20. Mai 2015 (überwiesen am 26. November 2015):

#### **Strom und gleichzeitig Geld sparen**

Im Stadthaus wurde ein VoltControl installiert und durch die HSLU Technik & Architektur während mehrerer Wochen messtechnisch begleitet. Daraus konnten differenzierte Erkenntnisse für den weiteren Einsatz von VoltControl gewonnen werden. Es empfiehlt sich nicht generell, kann aber je nach Situation eine von mehreren Möglichkeiten sein. Einsparungen können vor allem bei Gebäuden mit einem hohen Anteil an konventionellen Beleuchtungskörpern erreicht werden. Diese Erkenntnis wird in zukünftige Projekte zur Energieoptimierung einfließen.

10. Postulat 278 (2012/2016), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion vom 23. Juni 2015 (überwiesen am 26. November 2015):

#### **Keine leer stehenden städtischen Gebäude – kein Verzicht auf Mieteinnahmen**

Der Stadtrat hat mit Stadtratsbeschluss 234 vom 3. Mai 2017 die von der Baudirektion aufgezeigte Vorgehensweise bei den aufgeführten leer stehenden Objekten der Stadt befürwortet und die von der Baudirektion formulierten Bedingungen für eine Zwischennutzung als Grundsätze festgelegt. Die Objekte wurden bereits unter [www.raumboerse-luzern.ch](http://www.raumboerse-luzern.ch) ausgeschrieben. Der Postulantin und den Postulanten sowie der Baukommission wurde der StB zugestellt.

11. Postulat 326 (2012/2016), Simon Roth und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion vom 7. März 2016 (überwiesen am 9. Juni 2016):

**Kauf Grundstück Rössligasse**

Nach Rücksprache mit dem Kanton ist derzeit ein Verkauf dieser Liegenschaft nicht möglich, da sie noch mindestens bis 2020 weitergenutzt wird. Bei einem allfälligen späteren Verkauf wird die Liegenschaft öffentlich ausgeschrieben. Dabei hat die Stadt die Möglichkeit, ebenfalls ein Angebot einzureichen.

12. Postulat 330 (2012/2016), Jules Gut und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 17. März 2016 (überwiesen am 21. April 2016):

**Teilnahme am Pilotprojekt zum kontrollierten Verkauf von Cannabis**

Die Stadt Luzern wird am Projekt der vier Städte Genf, Basel, Bern und Zürich zum Thema Cannabis teilnehmen. Sie wird sich am Berner Forschungsprojekt als zusätzliche Versuchsstadt beteiligen. Der Grosse Stadtrat hat am 21. September 2017 den Bericht 19/2017 vom 5. Juli 2017: «Teilnahme der Stadt Luzern an einer Studie zum regulierten Cannabisverkauf» zustimmend zur Kenntnis genommen.

13. Postulat 331 (2012/2016), András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 22. März 2016 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2016):

**Seebadi am linken Ufer**

Obwohl der Stadtrat keinen Bedarf für das Grundanliegen einer neuen «Seebadi» sieht, wird er dieses Anliegen im Rahmen des Entwicklungskonzepts zum linken Seeufer prüfen lassen. Das vorliegende Postulat wurde daher im Oktober 2016 in Bezug auf die Prüfung der Badeeinstiege auf der Ufschötti teilweise überwiesen. Vor diesem Hintergrund haben die Verantwortlichen des Tiefbauamts unter Einbezug zahlreicher städtischer und kantonaler Fachstellen (Städtebau, Umweltschutz, rawi, vif, lawa, wapo und Korporation Luzern) die Möglichkeiten für einen «sicheren und sauberen Badi-Steg» geprüft. Insbesondere folgende Varianten wurden im Detail analysiert:

- Installation eines Schwimmsteges
- Einstiegsmöglichkeiten unter Wasser befestigt mit Handlauf
- Einstiegsbereich unter Wasser befestigt ohne Handlauf

Alles in allem wird der Bau eines fest installierten Badestegs bei der Ufschötti von den zuständigen Behörden als problematisch angesehen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Einstieg auch ohne bauliche Massnahme möglich ist und dass allfällige bauliche Massnahmen zur Zerstörung oder Beeinträchtigung der Unterwasserflora führen könnten. Der Stadtrat kann diese Argumentation nachvollziehen, zumal es sich bei der Ufschötti um einen schutzwürdigen Raum in einem Naturobjekt von regionaler Bedeutung handelt. Er verzichtet auf eine Weiterverfolgung eines Projekts zur Installation eines Badeeinstiegs bei der Ufschötti. Er erachtet den Prüfauftrag als erfüllt und beantragt daher das Postulat zur Abschreibung.

14. Postulat 352 (2012/2016), Markus Mächler und Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion vom 27. Juni 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):

**Die MZH Allmend muss dringend geflickt werden!**

Die Sanierungsarbeiten für die MZH Allmend wurden im Herbst 2017 abgeschlossen.

15. Postulat 29 (2016/2020), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Laura Grüter Bachmann vom 5. Dezember 2016 (überwiesen am 15. Dezember 2016):

**Keine Erhöhung der Kampfjetbewegungen in Emmen**

Der Stadtrat hat Ende Dezember 2016 die im Postulat aufgelisteten Punkte in seine Stellungnahmen an das VBS und an den Kanton zum Sachplan Militär 2017 des Bundes aufgenommen.

## II. Verlängerung der Erledigungsfrist

### 1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 55i Abs. 2 lit. b Geschäftsreglement).

1. Motion 97 (2012/2016), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 5. Juli 2013 (teilweise überwiesen am 25. September 2014):

#### **Aktuelle Bilanz der Fusion Littau-Luzern**

Die Arbeiten am Rückblick auf die Fusion haben sich verzögert. Sobald die Datengrundlagen in Zusammenarbeit mit LUSTAT erarbeitet sind, wird der Bericht dem Parlament unterbreitet.

2. Postulat 147 (2012/2016), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion vom 7. Januar 2014 (überwiesen am 4. September 2014):

#### **Für ein aktuelles Parkierungskonzept der Stadt Luzern**

Das Grundkonzept Parkierung ist erarbeitet und liegt in Form eines Fachberichts vor. Dieser wurde im Juli 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Stadtrat hat die darin enthaltenen Handlungsansätze zur Kenntnis genommen und wird sie in einem nächsten Schritt analysieren und weiterentwickeln. Ziel ist es, dem Grossen Stadtrat im nächsten Jahr einen Bericht und Antrag zur Parkplatzpolitik vorzulegen, der aufzeigen soll, wie der Stadtrat das Parkierungssystem optimieren und neu ausrichten will.

3. Postulat 149 (2012/2016), Myriam Barsuglia und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion vom 10. Januar 2014 (überwiesen am 4. September 2014):

#### **Mobilitätsmanagement in Betrieben für eine nachhaltige städtische Mobilität**

Die kantonale Dienststelle vif, der Verkehrsverbund und die ÖV-Transportunternehmen treten seit 2016 im Bereich des Mobilitätsmanagements gemeinsam auf und werden in der Beratung und Umsetzung von Massnahmen von der Geschäftseinheit «SBB Firmenkunden» unterstützt. Um die Aktivitäten auf Stadtebene unter anderem auch im Bereich Mobilitätsmanagement zu fördern und im Sinne der Mobilitätsstrategie umzusetzen, ist ein Bericht und Antrag an das Parlament vorgesehen, mit welchem ein Kredit für Mobilitätskampagnen in Form von Informations- und Kommunikationsmassnahmen beantragt wird.

4. Postulat 156 (2012/2016), Nico van der Heiden und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion vom 11. Februar 2014 (teilweise überwiesen am 25. September 2014):

**Gute private Veloparkplätze braucht die Stadt**

Die öffentlich zugänglichen Informationen im Mobilitätsbereich werden laufend ergänzt. Die in der Stellungnahme zum Postulat angekündigten kommunikativen Massnahmen im Bereich der privaten Veloparkplätze werden im Zusammenhang mit dem Aktionsplan Velo angegangen.

5. Postulat 158 (2012/2016), Theres Vinatzer, Laura Grüter Bachmann, Melanie Setz Isenegger, Hugo P. Stadelmann, Laura Kopp, Agnes Keller-Bucher, Jörg Krähenbühl, Ali R. Celik und Max Bühler namens der Sozialkommission vom 17. Februar 2014 (überwiesen am 23. Oktober 2014):

**Nutzbarmachung der Zahlen aus dem Sozialbericht des Kantons Luzern 2013 für die Stadt Luzern**

Die Arbeiten wurden aufgenommen. Es benötigt viele Abstimmungsarbeiten zwischen den Direktionen.

6. Postulat 188 (2012/2016), Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 2. Mai 2014 (überwiesen am 23. Oktober 2014):

**Buspriorisierung Spitalstrasse rasch realisieren**

Die erste Etappe des Projekts Spitalstrasse ist seit Sommer 2017 im Bau. Auf dem Abschnitt zwischen dem Kantonsspital und dem Kreuzstutz wird in dieser Etappe eine elektronische Busspur eingerichtet. Zudem wird die Bushaltestelle direkt zum Parkhauseingang und damit zum Lift verschoben. Um die Forderungen des Postulats zu erfüllen, sind aber auch Massnahmen zwischen Spital und Schlossberg erforderlich. Ein entsprechendes Projekt ist im Projektplan enthalten und soll im nächsten Jahr gestartet werden.

7. Postulat 191 (2012/2016), Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 6. Mai 2014 (teilweise überwiesen am 13. November 2014):

**Busbevorzugung an der Hirschmattstrasse**

Das Monitoring Bundesplatz hat gezeigt, dass sich die Situation für den Busverkehr in der Hirschmattstrasse verbessert hat. Die Mittelinseln in der Hirschmattstrasse, welche im vergangenen Jahr aus Verkehrssicherheitsgründen realisiert wurden, erschweren das Überholen der Busse zusätzlich. Ob die im GVK angedachte Busbevorzugung in der Hirschmattstrasse umgesetzt werden kann, wird sich erst nach der Realisierung der Massnahmen 1. Priorität und dem entsprechenden Monitoring (nach 2020) zeigen.

8. Postulat 212 (2012/2016), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 20. August 2014 (überwiesen am 25. September 2014):

**Spange Nord: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung**

Die Stadt Luzern hat in ihrer Stellungnahme zum optimierten Vorprojekt Spange Nord die Beurteilung nach den drei Nachhaltigkeitsdimensionen nachdrücklich gefordert. Es wird sich zeigen, ob und wie der Kanton als Projektverfasser der Spange Nord dieser Forderung nachkommen wird.

## 2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

1. Postulat 60 (2012/2016), Max Bühler und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp und András Özvegyi vom 8. April 2013 (überwiesen am 26. September 2013):

### **Kein Gratis-Parken für Motorräder und Motorroller mehr im Stadtzentrum – für eine nachhaltige städtische Mobilität**

Das Anliegen wird im Rahmen eines Vertiefungsthemas im Bereich Motorradparkierung zum Grundkonzept Parkierung erarbeitet. Die konkrete Vorgehensweise wird dem Parlament in dem für 2018 vorgesehenen Bericht zum Grundkonzept Parkierung aufgezeigt.

2. Postulat 135 (2012/2016), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 13. November 2013 (teilweise überwiesen am 28. November 2013):

### **Parkplatzkompromiss im Hirschmattquartier**

Wie in der Antwort auf die Interpellation 27 (2016/2020): «Hält der Stadtrat seine Versprechung für die abgebauten Parkplätze im Hirschmattquartier?» ausgeführt, wurden seitens Stadt beim Parkhaus Hirzenmatt die Rahmenbedingungen für die Bewilligung einer Erweiterung geschaffen. Die Umsetzung obliegt jedoch der privaten Eigentümerschaft. Zudem sieht das ebenfalls private Projekt am Bundesplatz Süd zirka 60 öffentliche Parkplätze vor. Die städtischen Stellen begleiten die weiteren Arbeiten im Hinblick auf die Erarbeitung eines Gestaltungsplans und der Baueingabe zur Unterstützung der Bauherrschaft. Mit einer Realisierung des Projekts ist frühestens 2019 zu rechnen.

### 3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Postulat 394 (2004/2009), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion vom 21. April 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):

#### **Die Politik braucht Räume der Stadt**

Momentan können Räume im Rathaus und im Am-Rhyn-Haus gemäss geltendem Benutzungsreglement gemietet werden. Weitere Räume sowie deren Benützungsmöglichkeiten und Benützungskosten sind in Klärung.

2. Motion 461 (2004/2009), Christoph Brun und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion vom 1. Dezember 2008 (als Postulat überwiesen am 17. Dezember 2009):

#### **Chancen ausnützen: Areal altes Hallenbad umnutzen!**

Die Entwicklung des Areals erfordert eine Teilrevision der BZO und die Fertigstellung eines neuen Feuerwehrdepots auf dem ewl-Areal. Die Teilrevision der BZO wird voraussichtlich Ende 2018 in Kraft treten. Bis dahin sind noch weitere Vorabklärungen zu treffen, um den Termin für den Bezug des Feuerwehrdepots auf dem ewl-Areal festzulegen. Anschliessend wird ein Bericht und Antrag für einen Projektwettbewerb für die Areale Hallenbad und Feuerwehrdepot erarbeitet werden.

3. Postulat 139 (2010/2012), Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 14. Januar 2011 (teilweise überwiesen am 22. September 2011):

#### **S-Bahn-Haltestelle Schiff, Reussbühl**

Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit einer zusätzlichen S-Bahn-Haltestelle die Attraktivität des ÖV allgemein gesteigert werden und insbesondere die Bevölkerung von Reussbühl von einer Bahnerschliessung profitieren könnte. Der Stadtrat setzt sich deshalb beim für die ÖV-Planung zuständigen Verkehrsverbund für die Prüfung zusätzlicher S-Bahn-Haltestellen zwischen Emmenbrücke und Luzern ein. Voraussetzung für eine Umsetzung ist aber eine höhere Kapazität bei der Bahnhofzufahrt, welche voraussichtlich erst mit dem Durchgangsbahnhof realisiert werden kann.

4. Postulat 155 (2010/2012), Markus Helfenstein namens der CVP-Fraktion vom 22. Februar 2011 (überwiesen am 27. Oktober 2011):

**Zufahrt Mercedes-Servicecenter Unterwilrain, Stadtteil Littau**

Im Zusammenhang mit dem im Postulat geforderten Ausbau einer Verbindungsstrecke zwischen dem Unterwilrain und der Grossmatte Ost hat sich gezeigt, dass die damit beabsichtigte Umleitung der Zufahrt durch schwere Fahrzeuge weitergehende Massnahmen erfordert. Zum einen führt die neu vorgesehene Zufahrtsroute über Privatstrassen und zum anderen weisen zahlreiche Strassen in diesem Quartier einen hohen Sanierungsbedarf auf. Zurzeit laufen Abklärungen technischer und rechtlicher Art. Diese werden zeigen, ob das langjährige Anliegen im Rahmen eines umfassenden Gesamtprojekts angegangen werden kann.

5. Postulat 159 (2010/2012), Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion vom 23. Februar 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011):

**Zusatzleistungen für Härtefälle in der Spitex-Beteiligung**

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des geplanten B+A «Planungsbericht Pflegefinanzierung» behandelt. Der B+A wird voraussichtlich im Frühling 2018 dem Parlament vorgelegt (vgl. auch genehmigte Fristverlängerungen der Motion 148 (2012/2016) und des Postulats 248 (2010/2012) mit dem B+A 15/2017 vom 10. Mai 2017: «Abschreibung von Motionen und Postulaten»).

6. Postulat 168 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 8. März 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011):

**Zukunft Kantonsspital – Spitalstrasse als Langsamverkehrsachse**

Um die Spitalstrasse als Langsamverkehrsachse nutzen zu können, braucht es neben den mit der Umsetzung der ersten Etappe verbundenen Verbesserungen für den Velo- und Fussverkehr insbesondere noch weitere Massnahmen in Richtung Schlossberg. Zur Einrichtung eines durchgehenden Radstreifens entlang der Spitalstrasse wird die Aufhebung von einigen Oberflächenparkplätzen in der zweiten Etappe unumgänglich.

7. Postulat 199 (2010/2012), Andrea Mathys-Imhof namens der CVP-Fraktion und Luzia Mumenthaler-Stofer und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. Mai 2011 (überwiesen am 10. November 2011):

#### **Quartierbus Reussbühl**

Das Anliegen der ÖV-Erschliessung für die im Postulat erwähnten Quartiere zwischen Eichenstrasse und Heiterweid wurde mit dem Postulat 311 (2012/2016): «Verbesserung der ÖV-Anbindung Reussbühl» bekräftigt. Dieses Postulat wurde vom Grossen Stadtrat an der Sitzung vom 30. Juni 2016 überwiesen. Der Stadtrat hat bereits in seiner Stellungnahme zu «Agglomobil due» auf die Wichtigkeit der Schliessung dieser Netzlücke hingewiesen. Der Verkehrsverbund hat dieses Anliegen aufgenommen und ist an der Erarbeitung von entsprechenden Lösungsvorschlägen. Diese bedingen den Bau von neuen Bushaltestellen. Auch diese Planungen sind im Gang.

8. Postulat 200 (2010/2012), Agnes Keller-Bucher namens der CVP-Fraktion vom 20. Mai 2011 (überwiesen am 1. Dezember 2011):

#### **Erhöhtes Verkehrsaufkommen Littauerberg**

Aufgrund der Verkehrsbelastung auf dem übergeordneten Netz und bis vor Kurzem auch aufgrund der Baustelle Seetalplatz ist und bleibt das Verkehrsaufkommen über den Littauerberg hoch. Im Sinne einer Sofortmassnahme wurden im Sommer 2017 Belagsarbeiten vorgenommen. Die Situation wird weiterhin beobachtet. In den nächsten Jahren sind auf dem Littauerberg diverse Leitungsarbeiten anstehend. Parallel dazu werden auch verkehrliche Massnahmen geprüft.

9. Postulat 205 (2010/2012), Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion vom 3. Juni 2011 (überwiesen am 1. Dezember 2011):

#### **Ein Hauch Marzili für Luzern**

Im Rahmen der Aufwertung der Freizeitanlage am Reusszopf wurde auch der Zugang zur Reuss neu gestaltet. Das Flussschwimmen gewinnt damit auch in der Stadt Luzern zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Luzern in Zusammenarbeit mit der SLRG auf die Sommersaison 2017 hin an zahlreichen Stellen entlang der Reuss markante Rettungskästen nach internationalem Standard errichtet. Im Hinblick auf die Schaffung zusätzlicher Zu- und Ausstiegsmöglichkeiten sind weitere technische und rechtliche Abklärungen nötig.

10. Postulat 286 (2010/2012), Daniel Furrer und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 24. Januar 2012 (teilweise überwiesen am 27. September 2012):

#### **CarSharing als wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen, integrierten Verkehrspolitik**

Im Rahmen der Überarbeitung des städtischen Parkplatzreglements werden auch die Möglichkeiten zur Förderung von Carsharing geprüft. Eine Überarbeitung des Parkplatzreglements erfolgt unter der Berücksichtigung und als Vertiefung des Grundkonzepts Parkierung.

11. Postulat 301 (2010/2012), Nico van der Heiden, Melanie Setz und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion vom 5. März 2012 (überwiesen am 27. September 2012):

**Mehr Veloabstellplätze an der Bahnhofstrasse**

Die Situation der Veloabstellplätze an der Bahnhofstrasse wurde 2015 im Rahmen des Veloparkierungskonzepts Innenstadt detailliert analysiert. Die daraus resultierenden Ergebnisse sind ins Projekt Bahnhofstrasse eingeflossen. Die Umsetzung des Projekts Bahnhofstrasse ist ab 2019 geplant. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die bisherige Anzahl Veloabstellplätze beibehalten.

12. Postulat 330 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 25. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):

**Neue Erschliessung Kantonsspital Luzern**

Mit der Umsetzung der ersten Etappe des Projekts Spitalstrasse können erste Verbesserungen an der Erschliessungssituation des Luzerner Kantonsspitals erreicht werden. Weitere Massnahmen zwischen Spital und Schlossberg werden im Rahmen einer zweiten Etappe des Projekts Spitalstrasse angegangen. Dieses Projekt wird voraussichtlich im nächsten Jahr in Angriff genommen.

### III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I., Ziffern 1–15, als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen, die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter

II. 1., Ziffern 1–8, um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern;


II. 2., Ziffern 1 und 2, um ein weiteres, drittes Jahr zu verlängern;

II. 3., Ziffern 1–12, um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern.

Luzern, 25. Oktober 2017



Beat Züsli  
Stadtpräsident



Dr. Urs Achermann  
Stadtschreiber



## **Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 35 vom 25. Oktober 2017 betreffend

### **Abschreibung von Motionen und Postulaten,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

#### **beschliesst:**

- I. Die Motionen und Postulate gemäss I., Ziffern 1–15, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II. 1., Ziffern 1–8, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II. 2., Ziffern 1 und 2, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II. 3., Ziffern 1–12, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

**Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern,**  
(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderung)

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 35 vom 25. Oktober 2017 betreffend

**Abschreibung von Motionen und Postulaten,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

**beschliesst:**

- I. Die Motionen und Postulate gemäss I., Ziffern 1–10 und 12–15, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II. 1., Ziffern 1–8, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II. 2., Ziffern 1 und 2, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II. 3., Ziffern 1–12, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 14. Dezember 2017

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern



András Özvegyi  
Ratspräsident



Dr. Urs Achermann  
Stadtschreiber



## Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 55i Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 2017 abläuft.

1. Motion 220 (2012/2016), Urban Frye und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 18. September 2014 (als Postulat überwiesen am 24. September 2015):

### **Corporate Governance im Personalreglement klar verankern**

Die Abklärungen und Arbeiten zur Umsetzung der als Postulat überwiesenen Motion laufen. Zurzeit wird durch die Stadtkanzlei ein externes Gutachten zu Fragen der städtischen Corporate Governance erstellt. Der Stadtrat wird die Schlussfolgerungen des Gutachtens beurteilen und die Erkenntnisse daraus in einen für 2018 geplanten Bericht und Antrag einfliessen lassen. Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen sollen per Anfang 2019 in Kraft treten.

2. Postulat 249 (2012/2016), Urban Frye vom 2. März 2015 (überwiesen am 24. September 2015):

### **Auflistung der Empfänger mit den jeweiligen Beiträgen der im Geschäftsbericht und in der Jahresrechnung unter der Rubrik «Beiträge Volkswirtschaft» aufgeführten Beiträge**

Das Anliegen wird mit der Rechnung 2017 umgesetzt. Der Abschreibungsantrag erfolgt erst nach der Umsetzung.

3. Postulat 250 (2012/2016), Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 3. März 2015 (überwiesen am 24. September 2015):

### **Bushaltestellen überprüfen und verbessern**

Das Anliegen wurde im Rahmen der Umsetzung der Behindertengleichstellungsgesetzgebung im Bereich der ÖV-Haltestellen aufgenommen. Die Haltestelle Schönbühl wurden im vergangenen Jahr im Sinne eines Pilots saniert.

4. Motion 258 (2012/2016), Daniel Furrer und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 23. März 2015 (überwiesen am 12. November 2015):

### **Mehr Transparenz bei externen Fachkräften/Beratern in der Stadtverwaltung**

Mit den Motionären wurde vereinbart, dass erstmals eine Auswertung mit der Rechnung 2019 im Frühjahr 2020 erfolgen soll. Zusammen mit der Einführung von HRM2 werden neue Konti gebildet, die die gewünschten Angaben möglich machen.

5. Motion 289 (2012/2016), Peter With namens der SVP-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion vom 14. September 2015 (überwiesen am 22. Oktober 2015):

**Plakatstandorte für Parteien vor Wahlen und Abstimmungen**

Die Arbeiten für die definitive Umsetzung der Motion nach dem Pilotbetrieb bei den städtischen Wahlen von 2016 nahmen mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich geplant. Es hat sich insbesondere herausgestellt, dass die Plakatverträge mit der Firma Clear Channel formell anzupassen sind. Deren Zustimmung zur vorgeschlagenen Vertragsänderung liegt vor und der Entwurf des B+A ist weitgehend fertiggestellt. Er wird vom Stadtrat noch diesen Herbst zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet werden.

## **Anhang 2**

Folgender Vorstoss wird separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

Motion 93 (2010/2012), Manuela Jost namens der GLP-Fraktion vom 29. Juli 2010 (überwiesen am 27. Oktober 2011):

### **Erhöhung der Luzerner Wertschöpfung durch Cleantech**

Die Motion wird mit dem Bericht und Antrag 31/2017 vom 27. September 2017: «Erhöhung der Luzerner Wertschöpfung durch Cleantech» zur Abschreibung beantragt.

## Anhang 3

Anhang 3 enthält ein Postulat, bei welchem die Frist vom Grossen Stadtrat nicht verlängert wurde, und gibt Auskunft über den Stand der Arbeiten.

Postulat 34 (2010/2012), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 9. März 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):

### **Neuer Stadtplan für die fusionierte Stadt Luzern-Littau**

Die Digitalisierung schreitet schnell voran, besonders im Zusammenhang mit Geo-Daten. So existieren bereits verschiedene private Angebote an digitalen Stadtplänen und Karten für die Stadt und die Region Luzern. Zudem läuft seit April 2017 ein Pilot mit zwei Informationsstelen, die einen interaktiven digitalen Stadtplan als wichtige Informationsbasis für Einheimische und Gäste aufweisen. Platziert sind diese beiden Stelen zwischen Seebrücke und Kapellplatz sowie auf dem Bahnhofplatz. Sollte der Pilot als erfolgreich gewertet werden, werden auf weiteren Plätzen solche Stelen aufgestellt.

Das städtische Geoinformationszentrum hat zudem 2016 ein Projekt gestartet, die verschiedenen Bedürfnisse nach digitalen Karten zu koordinieren und für die Bevölkerung und Interessierte einen zukunftsorientierten digitalen Stadtplan inkl. Kartenportal mit städtisch raumrelevanten Themen zur Verfügung zu stellen. Dieses Portal ist responsiv für PC, Tablets und Smartphones. Es soll im Frühjahr 2018 zur Verfügung stehen.

Mit der rasanten Entwicklung der Stadt, baulich und im Informationssektor, ist es gegeben, dass gedruckte Karten bereits beim Erscheinen veraltet sind. Die digitale Entwicklung bringt die Chance, Karten und Pläne immer à jour zu halten und der Öffentlichkeit stets zur Verfügung zu stellen. Zudem bietet sie die Möglichkeit, themenbezogene, zeitlich aktuelle Karten und Pläne für den Anwendungsfall, zum Beispiel in der Volksschule, auszudrucken.

Der rasanten Digitalisierung und der Vision «Smart City» entsprechend verfolgt der Stadtrat die digitale Aufbereitung von Geo-Daten und will die Mittel in diese Entwicklung investieren. Dem Anliegen der Postulantinnen kann mit dem adäquaten Ausdruck von Karten wie auch mit dem digitalen und responsiven Angebot entsprochen werden. Nach Einführung des neuen digitalen Kartenportals wird der Stadtrat dem Parlament beantragen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

## Anhang 4

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die (allenfalls verlängerte) Erledigungsfrist gemäss Art. 55i Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Postulat 200 (2000/2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion vom 15. April 2002 (überwiesen am 30. Januar 2003):  
**Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse**
2. Postulat 320 (2000/2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion vom 29. September 2003 (überwiesen am 6. Mai 2004):  
**Neugestaltung des St. Karli-Quais prüfen**
3. Motion 435 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 8. September 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):  
**Linkes Seeufer: Von der Schmutzdecke zur Uferpromenade**
4. Volksmotion 111 (2010/2012), Kurt Furrer und Mitunterzeichner/innen vom 13. September 2010 (als Postulat überwiesen am 24. März 2011):  
**400'000'000 Franken für die Autobahn, 0 Franken für die Fusswege**
5. Motion 225 (2010/2012), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 3. August 2011 (als Postulat überwiesen am 8. März 2012):  
**Tempo 30 – für mehr Sicherheit und flüssigen Verkehr**
6. Postulat 248 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion vom 7. November 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):  
**Entlastungsangebot für pflegende Angehörige**
7. Postulat 256 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. Dezember 2011 (teilweise überwiesen am 28. Juni 2012):  
**Mediterrane Pflegewohngruppe in den städtischen Betagtenzentren oder Pflegewohnungen**
8. Motion 326 (2010/2012), Dominik Durrer, Marcel Budmiger und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion vom 17. April 2012 (als Postulat überwiesen am 28. März 2013):  
**Konkrete Umsetzung der nachhaltigen städtischen Mobilität im Parkplatzreglement**

9. Postulat 107 (2012/2016), Nico van der Heiden und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp namens der GLP-Fraktion vom 6. August 2013 (teilweise überwiesen am 17. April 2014):  
**Eine grüne Welle für Velofahrende**
10. Motion 124 (2012/2016), Rieska Dommann und Jules Gut (Letzterer namens der GLP-Fraktion) vom 21. Oktober 2013 (überwiesen am 17. April 2014):  
**Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz städtischer Liegenschaften**
11. Postulat 125 (2012/2016), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 21. Oktober 2013 (überwiesen am 17. April 2014):  
**Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz im Wohnungsmarkt**
12. Postulat 131 (2012/2016), Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion vom 11. November 2013 (überwiesen am 15. Mai 2014):  
**Sanierung Schulhaus und Aussenanlage Moosmatt**
13. Postulat 132 (2012/2016), Ali R. Celik, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 11. November 2013 (überwiesen am 20. Februar 2014):  
**Bessere Transparenz beim politischen Controlling bei stadteigenen Unternehmungen**
14. Postulat 134 (2012/2016), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion und Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion vom 13. November 2013 (überwiesen am 5. Juni 2014):  
**Solaranlagen vor extensiver Begrünung**
15. Motion 148 (2012/2016), Theres Vinatzer, Melanie Setz Isenegger und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion vom 8. Januar 2014 (überwiesen am 5. März 2015):  
**Planungsbericht ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeversorgung**
16. Volksmotion 219 (2012/2016), Marc Germann und Mitunterzeichner/innen namens der Volksmotionärinnen und Volksmotionäre vom 9. September 2014 (als Postulat überwiesen am 11. Juni 2015):  
**Keine Quartierzerstörung durch die «Spange Nord»**
17. Postulat 232 (2012/2016), Rieska Dommann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 3. November 2014 (überwiesen am 21. Mai 2015):  
**Schulhaus Schädri – Chancen nutzen**
18. Postulat 235 (2012/2016), Urban Frye und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 13. November 2014 (überwiesen am 21. Mai 2015):  
**Offenlegung der Vergütungen, strikte personelle Trennung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung sowie konsequente Ausschreibung von Verwaltungsratsmandaten bei Gesellschaften, die im Besitze der Stadt Luzern sind oder an denen die Stadt Luzern beteiligt ist**

19. Beschlussantrag 242 (2012/2016), Christian Hochstrasser, Laura Kopp, Ali R. Celik, Jules Gut, Stefan Sägesser, Urban Frye und Laurin Murer vom 29. Dezember 2014 (teilweise überwiesen am 21. Mai 2015):

**Neuordnung der Kommissionen des Grossen Stadtrates**

20. Postulat 259 (2012/2016), Simon Roth und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 24. März 2015 (überwiesen am 21. Mai 2015):

**Einführung Kaderlohnreporting**

21. Postulat 292 (2012/2016), Luzia Vetterli, Simon Roth und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 22. September 2015 (überwiesen am 21. April 2016):

**Flüchtlingshilfe**

22. Postulat 298 (2012/2016), Markus Mächler und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion und Reto Kessler namens der FDP-Fraktion vom 9. November 2015 (überwiesen am 19. Mai 2016):

**Für ein besseres Parkierungsregime in der Neustadt**

23. Postulat 311 (2012/2016), Joseph Schärli und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016 (überwiesen am 30. Juni 2016):

**Verbesserung der ÖV-Anbindung Reussbühl**

24. Postulat 314 (2012/2016), Noëlle Bucher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion sowie Theres Vinatzer und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 3. Februar 2016 (teilweise überweisen am 27. Oktober 2016):

**Faire Arbeitsbedingungen für das Personal in Kindertagesstätten**

25. Motion 341 (2012/2016), Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion vom 22. April 2016 (teilweise überwiesen am 6. April 2017):

**Massnahmen zur Reduktion der Gefahrenstellen für den Veloverkehr**

26. Postulat 345 (2012/2016), Mario Stübi und Esther Burri namens der SP/JUSO-Fraktion vom 17. Mai 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):

**Keine unterirdische Unterbringung von Asylsuchenden**

27. Postulat 351 (2012/2016), Katharina Hubacher und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion sowie Roger Sonderegger und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion vom 20. Juni 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):

**Bauen mit einheimischem Holz fördern**

28. Postulat 354 (2012/2016), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion vom 18. Juli 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):  
**Stadtoasen: Innenhöfe begrünen und nutzen**
29. Postulat 356 (2012/2016), Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 12. August 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):  
**Keine Übungsflüge über der Stadt Luzern**
30. Postulat 2 (2016/2020), Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion vom 1. September 2016 (überwiesen am 11. Mai 2017):  
**Mängelmeldungen an die Stadt: Erfolgreiche Zürcher-App auch für Luzern?**
31. Postulat 6 (2016/2020), Laurin Murer und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion sowie András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 15. September 2016 (überwiesen am 6. April 2017):  
**Carparkierungskonzept ohne Parkhaus Musegg**
32. Motion 8 (2016/2020), Michael Zeier-Rast namens der Spezialkommission NTL vom 20. September 2016 (überwiesen am 1. Juni 2017):  
**Neue Theaterinfrastruktur Luzern unverzüglich weiterplanen**
33. Postulat 11 (2016/2020), Claudio Soldati, Cyrill Studer Korevaar und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. September 2016 (überwiesen am 6. April 2017):  
**Dank Offenlegung der Vormiete weniger Wohnungsnot und fairere Mietverhältnisse**
34. Motion 13 (2016/2020), Marcel Lingg und Peter With namens der SVP-Fraktion sowie Laura Grüter Bachmann und Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 5. Oktober 2016 (überwiesen am 1. Juni 2017):  
**Entwicklungsmöglichkeiten für Lucerne Festival und LSO aufzeigen**
35. Postulat 17 (2016/2020), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 27. Oktober 2016 (überwiesen am 6. April 2017):  
**Für eine gute Versorgung mit Postdienstleistungen in den Quartieren**
36. Postulat 24 (2016/2020), Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 30. November 2016 (überwiesen am 15. Dezember 2016):  
**Proaktive Kommunikation betreffend Einbürgerung mit B- und F-Aufenthaltsbewilligung**

37. Postulat 25 (2016/2020), Simon Roth und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion, Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp und Stefan Säggerer namens der GLP-Fraktion vom 30. November 2016 (überwiesen am 29. Juni 2017):  
**Informationsschreiben zur Einbürgerung**
38. Postulat 30 (2016/2020), Claudio Soldati und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 9. Dezember 2016 (überwiesen am 29. Juni 2017):  
**Gewerbeparkplätze für eine florierende Wirtschaft**
39. Postulat 32 (2016/2020), Luzia Vetterli und Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Dezember 2016 (überwiesen am 11. Mai 2017):  
**Häusliche Gewalt ist keine Privatsache**
40. Motion 33 (2016/2020), Rieska Dommann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 21. Dezember 2016 (überwiesen am 6. April 2017):  
**Die Luzerner Kantonalbank muss in der Stadt bleiben können!**
41. Postulat 42 (2016/2020), Stefan Säggerer namens der GLP-Fraktion sowie Roger Sonderegger und Thomas Schärli namens der CVP-Fraktion vom 19. Januar 2017 (überwiesen am 16. Februar 2017):  
**Tunnel Rosenberg als Voraussetzung für den Bau der Spange Nord**
42. Postulat 44 (2016/2020), Daniel Furrer und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Jules Gut und Stefan Säggerer namens der GLP-Fraktion vom 25. Januar 2017 (teilweise überwiesen am 16. Februar 2017):  
**Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem ewl-Areal**
43. Postulat 47 (2016/2020), Korintha Bärtsch und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 13. Februar 2017 (überwiesen am 6. April 2017):  
**Kombinierte Bus-/Velospur Seebrücke–Schweizerhofquai rasch realisieren**
44. Postulat 53 (2016/2020), Roger Sonderegger, Agnes Keller-Bucher und Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion sowie Peter With und Joseph Schärli namens der SVP-Fraktion vom 21. Februar 2017 (überwiesen am 11. Mai 2017):  
**Schwimmbad Zimmeregg richtig sanieren**
45. Postulat 58 (2016/2020), Claudio Soldati und Gianluca Pardini namens der SP/JUSO-Fraktion, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Peter With namens der SVP-Fraktion sowie Stefan Säggerer vom 10. März 2017 (überwiesen am 6. April 2017):  
**Poststellen-Schliessungen – neue bundesrechtliche Gesetzgebung abwarten**

46. Postulat 59 (2016/2020), Korintha Bärtsch und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion, Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, Rieska Dommann, Stefan Sägesser und Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 15. März 2017 (überwiesen am 29. Juni 2017):

**Aktives Quartierleben unterstützen**

47. Postulat 60 (2016/2020), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion und Noëlle Bucher und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 16. März 2017 (überwiesen am 29. Juni 2017):

**Quartiervereine stärken**

48. Postulat 84 (2016/2020), Nico van der Heiden und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, Judith Wyrsh und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion sowie Korintha Bärtsch und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 28. April 2017 (teilweise überwiesen am 11. Mai 2017):

**Leitungssanierungen in der Bruchstrasse nutzen**

49. Postulat 87 (2016/2020), Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 9. Mai 2017 (überwiesen am 21. September 2017):

**Fehlende Veloabstellplätze am Bahnhof: Pflichten der SBB durchsetzen**

50. Motion 92 (2016/2020), Christian Hochstrasser, Korintha Bärtsch und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion sowie András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 24. Mai 2017 (teilweise überwiesen am 21. September 2017):

**Belebung der Innenstadt seriös planen, Gegenvorschlag zur Initiative «Aufwertung der Innenstadt» ausarbeiten (Luzern lebt)**

51. Postulat 103 (2016/2020), Urs Zimmermann und Mario Willimann namens der SVP-Fraktion vom 7. Juni 2017 (überwiesen am 29. Juni 2017):

**Augenmass bei der Unterschutzstellung von Gebäuden – Arbeitsplätze sichern und erhalten!**